

Horst Köhler: „Ich fühle mich sehr geehrt“

Die bürgerlichen Parteien, CDU und CSU sowie FDP, haben den bisherigen Geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Horst Köhler, als ihren Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten benannt.

In einer ersten Reaktion betonte Köhler, er habe die Nominierung gerne angenommen, einfach weil es „eine Ehre ist“. Zugleich versicherte er, mit seiner „nationalen und internationalen Erfahrung etwas für Deutschland bewegen“ zu können. Denn nicht nur in der Wirtschaft sei hier zu Lande ein Diskussionsprozess über Veränderungen notwendig, sondern auch an den Universitäten,

in der Kultur und im Zusammenleben der Menschen. Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hatte zuvor erklärt, mit Horst Köhler würden

die bürgerlichen Parteien über einen „gemeinsamen Kandidaten“ verfügen, „der hervorragend geeignet“ sei, „das höchste Staatsamt in

Deutschland auszufüllen“. Von Köhlers Wahl zum Bundespräsidenten am 23. Mai werde ein „Signal des Aufbruchs und des politischen

Wandels in Deutschland ausgehen“. Weiter sagte die Partei- und Fraktionsvorsitzende, der frühere IWF-Chef setzte sich für die soziale Gestaltung der Globalisierung ein, damit „alle Menschen von diesem Prozess profitieren“ könnten. Immer wieder habe Köhler darauf hingewiesen, dass „die Wirtschaft für den Menschen da sein muss und nicht umgekehrt“. Dessen ungeachtet verkörpere der 61-Jährige den Willen zur Veränderung, den Deutschland so dringend benötige, um auch in Zukunft seinen Wohlstand halten zu können. Angela Merkel wörtlich: „Er wird das Ansehen Deutschlands bei unseren Partnern in Europa und der ganzen Welt stärken“.



CDU-Vorsitzende Angela Merkel, Horst Köhler, CSU-Vorsitzender Edmund Stoiber (v.l.n.r.)

Lebenslauf eines Weitgereisten

Horst Köhler wurde am 22. Februar 1943 als Bauernsohn in Skierbieszow (Polen) geboren, wo seine aus Rumänien stammenden Eltern während des Krieges Zuflucht gesucht hatten. Noch vor Kriegsende floh die Familie vor den anrückenden russischen Truppen nach Deutschland und lebte dann fast zehn Jahre lang in der Nähe von Leipzig, bis sie schließlich im schwäbischen Ludwigsburg eine neue Heimat fand. Er ist verheiratet mit Eva Köhler und hat zwei Kinder. Nach Abitur (1963) und Wehrdienst studierte Köhler von 1965 bis 1969

Wirtschaftswissenschaften in Tübingen mit Abschluss als Diplom-Volkswirt. 1977 promo-

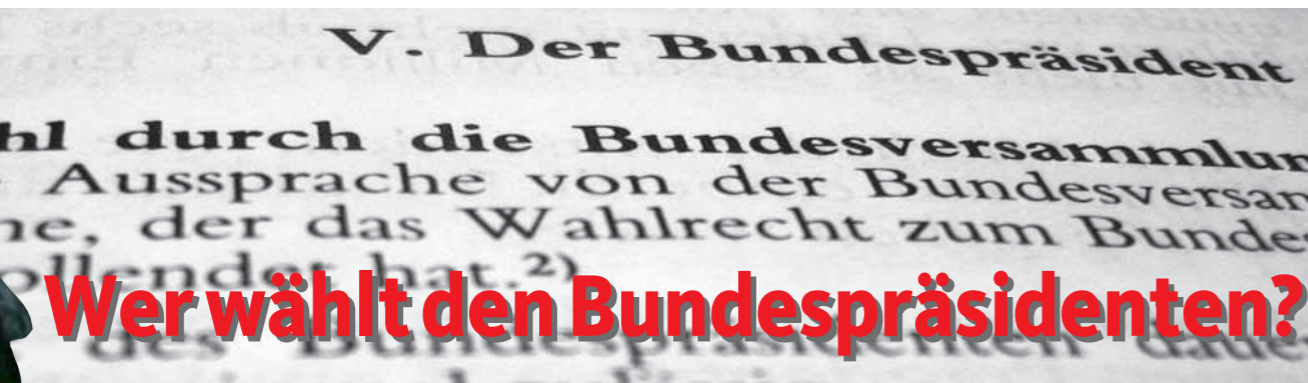
des technischen Fortschritts zum Dr. rer. pol. an der Universität Tübingen, wo er von 1969 bis 1976 als wissenschaftlicher Forschungsassistent am Institut für angewandte Wirtschaftsforschung arbeitete. Nach Verlassen der Universität war er von 1976 bis 1989 in verschiedenen Funktionen im Wirtschafts- und Finanzministerium Deutschlands tätig. Seit dem 1. Dezember 1981 ist er Mitglied der CDU. Horst Köhler war vor seinem Amtsantritt im IWF Präsident der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, ein Amt, für das er im September 1998 be-

stellt worden war. Davor, von 1993 bis 1998, war Horst Köhler Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes. Von 1990 bis 1993 übte er das Amt des Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium aus und war für internationale finanzielle und monetäre Beziehungen verantwortlich. Während dieser Zeit führte er im Auftrag der deutschen Regierung die Verhandlungen über das Abkommen, das zum Maastricht-Vertrag über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion wurde, war eng in den Prozess der deutschen Wiedervereinigung

einbezogen und diente als stellvertretender Gouverneur für Deutschland in der Weltbank. Er war persönlicher Vertreter des Bundeskanzlers bei der Vorbereitung der G7-Wirtschaftsgipfel in Houston (1990), London (1991), München (1992) und Tokio (1993). Beim Internationalen Währungsfonds begann Horst Köhler sein Amt als Geschäftsführender Direktor am 1. Mai 2000. Am 23. März 2000 wählte das Exekutivdirektorium des IWF Horst Köhler einstimmig zum Geschäftsführenden Direktor und Vorsitzenden des Exekutivdirektoriums.



vierte er mit einer Arbeit über die Arbeitsmarktwirkungen



Wer wählt den Bundespräsidenten?

Gemäß Artikel 54 Abs. 1 GG wird der Bundespräsident von der Bundesversammlung gewählt. Diese setzt sich zusammen aus den Mitgliedern des Deutschen

Bundestages und einer gleichen Anzahl von Mitgliedern, die von den Volksvertretungen der Länder nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden“ (Art 54 Abs. 3 GG).

Die gesetzliche Mitgliederzahl des 15. Deutschen Bundestages beträgt 603. Die Länder wählen eine gleich hohe Anzahl Delegierte. Die Zahl der von den Landesparlamenten zu

wählenden Mitglieder ist auf der Grundlage der vom Statistischen Bundesamt mitgeteilten letzten amtlichen Bevölkerungszahlen vom 30. Juni 2003 errechnet worden.

Wer wählt für die Berliner CDU?

In der Bundesversammlung wählen nicht nur Politiker. Die CDU Berlin legt dabei - im Gegensatz zu den anderen Parteien - wert auf eine „paritätische Bürgerbeteiligung“. Neben der Spitze aus Partei und Fraktion, dem Landesvorsitzenden und Bezirksbürgermeister von Mitte, Joachim Zeller, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus, Nicolas Zimmer, und dem Generalsekretär, Gerhard Lawrentz, nominierte die CDU drei Persönlichkeiten



aus dem Leben der Hauptstadt. Dies sind Claudia Pechstein, Eisschnell-Läuferin und Weltmeisterin, Prof. Peter Raue, Vorsitzender des Vereins Freunde der Nationalgalerie, und Alexander Iljinski, Intendant des Friedrichstadtpalastes. Den „Nicht-Politikern“ stellte die Berliner Rundschau vier Fragen (siehe Kasten in der Seitenmitte). Die Antworten können Sie im Folgenden lesen.

JOACHIM ZELLER



CDU Landesvorsitzender

NICOLAS ZIMMER



CDU Fraktionsvorsitzender

GERHARD LAWRENTZ



CDU Generalsekretär

CLAUDIA PECHSTEIN



1.) Ja, sogar noch sehr gut. Denn es war die erste gesamtdeutsche Bundestagswahl am 2. Dezember 1990, also ein historisches Wahldebüt, das ich mit großer Vorfreude begleitet und dann auch wahrgenommen habe. 2.) Die Wahl des Staatsoberhauptes ist die einzige politische Personalentscheidung von hohem Range, bei der nicht nur Politiker das Sagen haben. Sonst wählt man ja als Bürger auf den Wahlzetteln mit der entscheidenden Zweitstimme Parteien und keine Personen. Von daher ist es eine Ehre für mich, diesmal in der Bundesversammlung Stimmrecht ausüben zu dürfen. 3.) Für mich ist das zentrale Thema in der Bundesrepublik nach wie vor die Arbeitslosigkeit. Hier wurde in den vergangenen Jahren zwar viel Aktionismus gezeigt aber wenig bewirkt. Auch meine

Familie blieb davon nicht unberührt. Mein Vater, ein Mann voller Tatendrang, hat schwer mit dem Gefühl zu kämpfen, im Moment auf dem Arbeitsmarkt nicht gebraucht zu werden. Ich wünschte, ich könnte das ändern. 4.) Er sollte die Dinge beim Namen nennen. Die Probleme offen ansprechen und helfen, den Leuten klar zu machen, dass weitere Reformen notwendig sein werden, um Deutschland wieder nach vorne zu bringen.

PROF. PETER RAUE



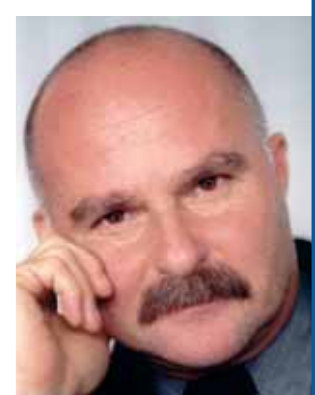
1.) Zu „meiner“ Zeit war man mit 21 Jahren volljährig und wahlberechtigt. Ich war 1961, unmittelbar nach dem Bau der Mauer, bereits Berliner Student und wählte per Briefwahl, aber auch nur deshalb, weil ich meinen Münchner Wohnsitz beibehalten habe. Denn die „selbständige Einheit West-Berlin“, wie die Machthaber der damals noch sogenannten „Zone“ es nannten, hatte - viel zu lange - eine Wahl aus Berlin verboten. 2.) Einen Bundespräsidenten zu wählen, ist eine Ehre, die mich besonders glücklich, eine Form von Bürgerbeteiligung, die ein klein bisschen stolz macht. Ohne je ein staatliches Amt inne gehabt zu haben, ohne jede öffentlich-rechtliche Funktion dabei sein zu dürfen: das ist Glück! 3.) Roman Herzog hat sich mit

seiner unvergessenen Rückrede an den Bürger in diesem Lande gewandt. Wir erinnern uns daran, sie hat Zeichen gesetzt, auch wenn die Folgen nicht messbar sind. Der neue Bundespräsident sollte daran anknüpfen, freilich vielleicht einen anderen Adressaten suchen: die politisch Handelnden. Diese müssen (in allen Parteien!) lernen, dass wir Reformen nur realisieren können, wenn das Motto nicht lautet: die SPD oder der Bund will dies, die CDU oder die Ländermehrheit muss dann jenes wollen - oder umgekehrt. Das alte parteipolitische Profilierungsspiel, man spielt's so sooft und verspielt damit die Zukunft. Eine Einheit im Reformwillen zu reklamieren, wird vielleicht die wichtigste innenpolitische Aufgabe des neuen Bundespräsidenten sein. 4.) Drei Wünsche: dass er Wege aus der deutschen Finanzkrise aufzeigt; dass er die Verschuldung der Hauptstadt als ein zentrales (und föderatives) Problem begreift; dass er sein Haus, wie seine Vorgänger auch, als eine kulturelle Begegnungsstätte begreift, die demonstriert: Kultur ist nicht die schönste Nebensache, sondern die Quelle für Inspiration, Lebensqualität und Mut zu Neuem.

4 FRAGEN

1. Können Sie sich noch erinnern, als Sie zum ersten Mal überhaupt wählen durften? 2. Einen Bundespräsidenten zu wählen ist ja nicht gerade alltäglich. Was ist für Sie das Besondere? 3. Roman Herzog hat die Tradition der Berliner Rede begonnen. Welches Thema sollte Ihrer Meinung nach einmal grundsätzlich vom Staatsoberhaupt behandelt werden? 4. Ihr Wunsch an den neuen Bundespräsidenten.

ALEXANDER ILJINSKIJ



1) Zu meiner ersten Stimmabgabe wurde ich anlässlich einer Kommunalwahl im Jahre 1966 aufgefordert. Es war dies noch in der DDR und den Begriff Wahl möchte ich deshalb nicht unbedingt verwenden oder wenn, dann in Anführungszeichen setzen. 2) Ich betrachte es als eine Ehre, den obersten Repräsentanten Deutschlands mit wählen zu dürfen. Ich halte eine Persönlichkeit an der Spitze unseres Staates, die für alle Deutschen und für unser Vaterland steht und gleichermaßen integrativ und repräsentativ nach innen und außen wirkt, für überaus wichtig. Ich möchte aber nicht verhehlen, dass mich die Art und Weise

der Kandidatenfindung nicht begeistert hat und ich eine Direktwahl zukünftiger Bundespräsidenten für weitaus besser halte. Damit sich die Parteien nicht weiterhin den Staat zum „Opfer“ machen können (frei nach R. v. Weizsäcker) 3) Das Zusammenleben in der menschlichen Gemeinschaft ausschließlich auf wirtschaftliche und finanzielle Prozesse zu reduzieren, halte ich für falsch. So wünschte ich mir, dass der Mensch wieder das Maß aller Dinge würde und Eigennutz und Egoismus durch die Kultur einer Bürgergesellschaft ersetzt werden. 4) Kultur und Bildung in Deutschland den gleichen

Stellenwert zukommen zu lassen wie Globalisierung und Reformen (ich hätte Angst vor einem Deutschland, das von einer Kaste der Bestimmer geführt wird und dessen übrige Bevölkerung mit einer „Eventkultur“ glücklich sein muss).